

immerhin in eine Puppe verwandeln konnte, nicht zu träumen gewagt.

schlechtem zudem über eine technische und personelle Infrastruktur auf internationalem Spitz-

Deutschland mit jährlich 60 Mio. €) angelehnter Vorschlag zu haben. Claussova sieht zwar die Vor-

Wien dient internationalen Konzernen als Brückenkopf nach Osten

Verfügbarkeit spezialisierter Dienstleister und die Gruppenbesteuerung als Vorteile

Von unserem Wirtschaftsreporter in Österreich, Matthias Kattinger

Österreich hat schon im Kalten Krieg, noch viel mehr aber nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von Wiens Rolle als Brückenkopf profitiert. Bis zu 300 Multis bearbeiteten weiterhin von Wien aus Osteuropa. Allerdings mussten zuletzt einige schmerzliche Wegzüge registriert werden. Die 1991 durch Volksentscheid der Wiener Bürger verhinderte «Expo 95 Wien - Budapest» ist keinesfalls am Thema gescheitert; denn «Brücken in die Zukunft» hatte Wien in den Osten viele schlagen (auch wenn ethische Verkehrsverbindungen noch immer nicht existieren). In Zeiten des Kalten Kriegs galt Wien, auf dessen Rennweg, übrigens dem Diplomatenviertel schlechthin, bekanntlich der Balkan beginnt, als erste Adresse für jene, die Kontakte – ob legal oder informell – zum Osten suchten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs setzte dann ein richtiggehender Run auf den Brückenkopf Wien ein. So koordinierten in den besten Zeiten bis zu 1000 internationale Unternehmen von Wien aus ihre Osteuropa-Aktivitäten. Laut einer Erhebung von Boston Consulting (BCG) hatten 300 multinationale Konzerne Österreich zur Osteuropa-Zentrale erwählt, darunter 28 «Fortune-500»-Firmen. So setzten u. a. Canon, Coca-Cola, Degussa, Eli Lilly, Ericsson, Henkel, Hewlett Packard, McDonald's, Mazda, Panasonic, Renault, SAP, Siemens oder Volvo auf Wien als Tor zum Osten. Eine wichtige Rolle spielt dabei die nationale Fluggesellschaft Austrian Airlines, die mit zahlreichen Direktflügen, zunächst in die Hauptstädte der Reformstaaten, längst aber auch in sogenannte Sekundär-Destinationen, noch immer der Carrier mit den meisten Ost-Direktverbindungen ist.

Ein steter Konkurrenzkampf

Als wichtigste Gründe für die Wahl Wiens als Standort der Ost-Zentralen werden laut BCG die Nähe zum Zielmarkt (90%), Infrastruktur (61%), Standort-Produktivität und Motivation (39%), Stabilität (28%), Steuervorteile (11%) sowie Lebensqualität (39%) genannt. Doch in jüngster Zeit häuften sich Meldungen über Abwanderungen bzw. die Verlegung von Kompetenzen. Das beruht erstens auf einer gewissen «entwicklungs-

jüngste dieser Studien, eine ebenfalls auf einer Umfrage beruhende Analyse* des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Wifo), doch wird ebenfalls bestätigt, dass im Zuge der beiden EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 die Dynamik beim Ausbau von Headquartiers-Funktionen nachgelassen hat. Allerdings sieht man kaum Anhaltspunkte dafür, dass die Osterweiterungen zu einem Abbau von Zentralen in Wien geführt hätten. Von den 153 antwortenden Konzernen plane laut diesen Angaben ein Viertel Veränderungen; doch wollten mehr ausbauen als reduzieren. Die vom Management-Club registrierte Abwanderung von F&E-Aktivitäten wird indirekt bestätigt. Laut Wifo dominierten bei den Ost-Zentralen in Wien die Funktionen Rechnungswesen und Controlling, wogegen F&E selten genannt werden.

Für die grosse Mehrheit der befragten Konzerne sind die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal sowie das Ausbildungsniveau die wichtigsten Gründe für die Wahl des Standorts Wien. Allerdings mischt sich immer öfter Unzufriedenheit in die Beurteilung – vor allem was den Faktor Personal betrifft. So erhielt Wien bei der Beurteilung zwar bezüglich Ausbildungsniveau sowie der Verfügbarkeit spezialisierter Dienstleister die besten Bewertungen, weniger gut wurden aber die Flexibilität des Arbeitsmarktes und die Arbeitskosten bewertet. Deutlich besser als vor vier Jahren – in der ersten Runde dieser Studie – wurde heuer der Standortfaktor Unternehmenssteuern benotet; dies ist vorrangig auf die Einführung der Gruppenbesteuerung im Jahr 2005 zurückzuführen, die von einem Viertel der international orientierten Firmen am Standort Wien in Anspruch genommen wird. Die von der 2006 abgewählten Mitte-Rechts-Regierung gegen den massiven Widerstand von Sozialdemokraten und Arbeitnehmervertretungen eingeführte Gruppenbesteuerung hat demnach nicht nur zur Absicherung ethischer Konzernsitzbegehrten, sondern ist mit ein Grund dafür, dass auch jetzt noch internationale Konzerne nach Wien ziehen, um von dort ihr Ostgeschäft zu betreiben.

* Susanne Sieber: Österreichs Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen sowie als Standort für Headquartiers-Funktionen. Wifo, FIW-Studie 21 (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft), Wien 2008.

Standortvorteil Gruppenbesteuerung

Allerdings geht die Bewegung durchaus nicht nur in eine Richtung, kann doch Wien auch Zuzüge verzeichnen (eine neue Zielrichtung ist Südosteuropa). Wie es seitens der «Initiative Headquarters Austria» heisst, hat ein Grossteil der Konzerne mit Ost-Zentralen in Wien hier ein Kompetenz-Zentrum aufgebaut. Der Trend eines Wegzugs direkt in die Ostmärkte ist aber spürbar, trotz vereinzelter Neuzugänge, die jedoch in der Regel nur aus wenigen Leuten bestehen. Diese schrittweise Erosion, wenn schon nicht der Zahl der Zentralen, zumindest jedoch der Zahl der hier Beschäftigten, bestätigen Erkenntnisse aus einer Studie des Management-Clubs (MC) zur Globalisierung, an der sich 1277 Manager aus mehr als 1000 österreichischen Unternehmen beteiligten. Der Präsident des Management-Clubs, Herbert Paierl, Vorstandschef der Beteiligungs-gesellschaft UIAG, sieht angesichts der zunehmenden Verlagerung von F&E-Funktionen gar den Headquartiers-Standort Wien in Gefahr.

Im Jahr 2006 hätten 7,25% der Wiener Ost-Zentralen ihre F&E-Aktivitäten ins Ausland verlagert, 2007 seien es bereits 8,95% gewesen. Paierl erwartet eine Zunahme der Dynamik und macht dafür den Mangel an qualifiziertem Forschungspersonal, die sinkende Attraktivität der steuerlichen Rahmenbedingungen sowie den Mangel an Risikokapital in Österreich verantwortlich. Zu weniger dramatischen Erkenntnissen kommt die

Die neuen Gesetze des Marktes verlangen laut Susta einen radikalen Rollenwechsel: Während des Kommunismus habe die Hauptaufgabe des Studios darin bestanden, Filme zu verkaufen, und zwar tschechische Filme für ein tschechisches Publikum. «Heute hingegen verkaufen wir nur noch einzelne Dienstleistungen, etwa Dreharbeiten, Bühnenbauten, Kostüme oder Requisiten – und zwar vor allem für ausländische Firmen.»

Blickt man in den Korridoren der Barrandov- Studios auf die zahllosen Filmplakate internationaler Produktionen, die solche Dienstleistungen seit 1990 in Anspruch nahmen, scheint der Rollenwechsel gegliedert zu sein: Neben Kassenschlagern wie «Mission: Impossible» oder der James-Bond-Episode «Casino Royale» wurde hier auch Roman Polanskis «Oliver Twist» gedreht. Deutlich an Bedeutung verloren hat jedoch das heimische Schaffen; laut Susta spiegeln tschechische Filme nur noch 10% des Umsatzes.

Was für Barrandov gilt, gilt für die gesamte tschechische Filmbranche – eine Branche, die in Vollzeitstellen umgerechnet rund 5000 Leute, in diversen Temporärstellen aber gegen 20 000 Menschen beschäftigt. Statistiken der Audiovisual Producers Association (APA) zeigen, dass 2007 nur 12% des direkten Produktionsvolumens von 4,88 Mrd. tKr. (345 Mio. Fr.) auf tschechische

«Kulturelle Tests»

Die staatliche Förderung von Filmproduktionen ist ein wettbewerblich heikles Unterfangen. Das weiss auch die EU, die daher mit Blick auf die Binnenmarktregeln von ihren Mitgliedsländern fordert, dass sie nur Filme von «kulturellem Wert» fördern. Was das heisst, bleibt indes rätselhaft. Denn was die Kultur eines Landes ausmacht, bestimmen naturgemäss allein die Mitgliedstaaten. Da helfen auch «kulturelle Tests», wie sie die EU derzeit gegenüber Ungarn wegen einer 20%igen Steuererleichterung für Filmproduktionen einfordert, nur wenig. Denn bei diesen Evaluationen unterscheiden sich die Kriterien, die ein Filmprojekt als Voraussetzung für den Erhalt staatlicher Unterstützung erfüllen muss, ebenfalls von Land zu Land. Und wer sein Fördersystem bereits etabliert hatte, bevor «kulturelle Tests» in der europäischen Filmpolitik ihren Einzug fanden, ist von der Pflicht ohnehin befreit. Derzeit verlangen denn auch lediglich Grossbritannien, Deutschland und Malta entsprechende Tests, und in naher Zukunft wohl auch Ungarn.